

Jochen Lobah

Von Verzweiflung und dem Prinzip Hoffnung

Der schmerzhafteste Wandel der arabischen Welt

Mit dem Sturz der Autokraten in Tunesien, Libyen und Ägypten sowie dem fortschreitenden Staatszerfall im Jemen, in Syrien und im Irak nahm der postkoloniale Traum einer modernen arabischen Nationalstaatlichkeit ein abruptes Ende. So stand die arabische „Moderne“ ganz im Zeichen des „zivilisatorischen“ Nachholens gegenüber dem Westen und dem Zeitgeist des letzten Jahrhunderts gemäß einer Schaffung moderner Staatsgefüge mit nationalem Ethos. Die drastische Zäsur 2011 zeigt, dass die arabische Welt den Übergang nicht in dem Maße zu bewältigen vermochte, wie es die epochale und demographische Entwicklung erfordert hätte. Die gesamte Region muss fortan ihren Gesellschaftsvertrag neu verhandeln. Das erfordert Geduld und Unterstützung seitens Europas, das den Staatszerfall und die prekäre Lage in weiten Teilen der arabischen Welt nutzen sollte, um mehr Besonnenheit und Weitsicht in der Zusammenarbeit mit der Region an den Tag zu legen.

Schlagwörter:

Arabischer Frühling - Strukturwandel - Inklusion - Geschlechtergleichstellung - Identitätskrise - Stellvertreterkonflikt Saudi-Arabien-Iran - Dschihad - Reformpolitik

VON VERZWEIFLUNG UND DEM PRINZIP HOFFNUNG – DER SCHMERZHAFTE WANDEL DER ARABISCHEN WELT

|| Jochen Lobah

Man kann tun, was man will: morden oder beten, revolutionieren oder freie Parlamente wählen – irgendwann zerbricht jede Form, zerbrechen die Krüge, und die Zeit läuft aus. Und man wird anschließend wiederum alles aufklären und nachträglich die trügerischen Vorhersehbarkeiten, die trügerischen Gesetzmäßigkeiten bloßlegen bzw. konstruieren.

Botho Strauß

Zerbrochene Illusionen

Noch im Herbst des Jahres 2010 sahen weder ausgewiesene Nahostexperten noch renommierte Think Tanks für internationale Politik trotz heftiger Proteste gegen Wahlbetrug im Nachgang der iranischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2009 die Anzeichen für einen Umbruch historischen Ausmaßes in Nordafrika und dem Nahen Osten aufziehen. Nur kurze Zeit später wurden zwei autokratische Regime in der Region, darunter auch die Regionalmacht Ägypten, binnen weniger Wochen in die Knie gezwungen. Die Selbstverbrennung des Tunesiers Mohamed Bouazizi konterkarierte auf denkbar drastischste Weise die politische „Philosophie“ arabischer Machthaber, den anachronistischen Status quo aufrechtzuerhalten und

den Lauf der Geschichte weiter zu retardieren.

Durch die simultane Berichterstattung eines jungen und revolutionären Mediums, dem transnationalen Nachrichtensender *Al Jazeera*, der aufgrund seiner für die Region ungewohnt objektiven und kritischen Informationsaufbereitung von einem Großteil der arabischen Regime bereits seit seiner Inbetriebnahme Ende der 90er Jahre als potenzieller Stör- und Bedrohungsfaktor wahrgenommen wurde, löste das Ereignis einen Sturm der Entrüstung aus. Millionen junger Menschen von Bahrain über Ägypten bis nach Marokko identifizierten sich ad hoc mit dem Zorn und der Verzweiflung des jungen Gemüsehändlers aus der Kleinstadt Sidi Bouzid in Tunesien. Die Empathie der Jugend war buchstäblich grenzenlos geworden, denn kaum ein junger Mensch in der Region wusste nicht, wie sich Verzweiflung durch Ausgrenzung und Erniedrigung anfühlten. Daher lautete spätestens seit dem 17. Dezember 2010 die stillschweigende Losung der Jugend in der arabischen Welt: *We are all Mohamed Bouazizi!*

Innerhalb weniger Tage wandelte sich die Entrüstung zu einem Flächenbrand und einer historischen Emergenz, die ausnahmslos alle arabischen Länder

in unterschiedlichem Ausmaße erfasste. Verfassungen wurden umgeschrieben, Polizisten und Soldaten schossen auf Menschen, in Bahrain marschierten Truppen des Golfkooperationsrates unter Führung von Saudi-Arabien zum Schutz der sunnitischen Herrscherfamilie Khalifa ein und das ägyptische Volk stürzte die 29 Jahre währende Mubarak-Dynastie in einer Masseneuphorie ohnegleichen. So sprachen bereits zu Beginn des Jahres 2011 Journalisten, Experten und Politiker von einer neuen Zeitrechnung.

In Anspielung auf den Volksaufstand in Prag im Jahr 1968 setzte sich in den übereuphorisierten westlichen Medien schnell der Begriff *Arabischer Frühling* durch. Stillschweigend war man davon ausgegangen, dass sich, wie nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime und dem Fall der Berliner Mauer, Millionen Menschen die westlich-liberale Weltanschauung aneignen würden und Francis Fukuyamas Verheißung vom Ende der Geschichte, trotz der Bedrohung durch den globalen Terrorismus, doch noch in Erfüllung gehen könnten.

Heute, gut sechs Jahre später, ist der Begriff vor allem aufgrund der zahlreichen blutigen Konflikte und Opfer in der Region dem Begriff des *Arabischen Winters* gewichen. Die westliche Illusion, die arabische Welt würde sich fortan uneingeschränkt zu Demokratie, Marktwirtschaft und Konsum bekehren, hatte sich ähnlich schnell erschöpft wie die Anfangsdynamik der Ereignisse. Darüber hinaus waren zu keinem Zeitpunkt die strukturellen Voraussetzungen auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene für eine solche Ent-

wicklung zwischen Casablanca und Riad erfüllt.

Retrospektiv war das breite Aufbegehren in fast allen Staaten der arabischen Welt längst überfällig. Zu anachronistisch und exzentrisch war der Herrschaftsstil zahlreicher Despoten und zu groß die Diskrepanz zwischen demografischer und sozioökonomischer Entwicklung geworden. Nüchtern betrachtet sind soziale Exklusion und die Vorenthaltung existenzieller Grundrechte wie adäquate Bildung, Gesundheitsfürsorge und ein moderates Einkommensniveau – mit Ausnahme der Rentenökonomien auf der arabischen Halbinsel – die einzigen, wenn auch negativen „Er rungenschaften“ arabischer Herrschaftseliten Ende des Jahres 2010 gewesen.

Der mit der Unabhängigkeit von den europäischen Kolonialmächten seit Anfang der 60er Jahre einsetzende Traum arabischer Völker von Selbstbestimmung, Prosperität und Freiheit begann schnell einem ernüchternden Wachstums zu weichen. Spätestens mit Beginn des libanesischen Bürgerkrieges Mitte der 70er Jahre, der Machtergreifung Khomeinis im Iran sowie der Ermordung des ägyptischen Staatspräsidenten Sadat schlitterte die arabische Welt in eine verheerende Dauerkrise, die sich durch den acht Jahre währenden Krieg zwischen dem Irak und dem Iran weiter zuspitzte. Die Hoffnung auf eine funktionierende Solidargemeinschaft arabischer Staaten und eine handlungsfähige Arabische Liga zerbrach aller spätestens mit dem Einmarsch der Truppen Saddam Husseins in Kuwait und den darauffolgenden Golfkriegen unter einer USgeführten Militärallianz. Die Stationierung amerikanischer Truppen als Schutzmacht gegen den panarabischen

Großmachtanspruch des Irak auf der arabischen Halbinsel in den 90er Jahren brachte vor allem die Herrscherfamilie Saud in erhebliche Erklärungsnot. Das Ereignis muss aufgrund des Widerstandes von Teilen der überwiegend salafistisch-puritanisch geprägten Bevölkerung Saudi-Arabiens als Geburtshilfe für *Al Qaida auf der arabischen Halbinsel* (AQAP) betrachtet werden. Der algerische Bürgerkrieg mit über 100.000 Toten trug in dem ressourcenreichen Land das Nötige zu einer weiteren Verschlechterung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lage in der Gesamtregion bei.

So kam es bereits gegen Ende des letzten Jahrhunderts unter dem Eindruck anhaltender Konflikte über die jeweiligen nationalstaatlichen Grenzen hinaus zu einem immer tiefer reichenden Bruch gesellschaftlicher Kohäsion und einer fortschreitenden Desintegration des sozialen Gefüges in Nordafrika und dem Nahen Osten. Ein Großteil der arabischen Staaten konnte und kann bereits seit längerem nur noch von einem überbordenden Polizei- und Geheimdienstapparat sowie einer Kultur der Angst und Denunziation zusammengehalten werden.

Auffällig ist hierbei, dass in erster Linie die sogenannten arabischen „Republiken“ (dschumhurriyyas) mehr und mehr zu Karikaturen ihrer eigenen Begrifflichkeit entarteten. Parteien wurden nur nach strengen Vorgaben und Machtinteressen herrschender Clans und des Staates im Staate, Militärs im Falle der postkolonialen Republiken und aristokratischen Familienbündnisse in den Dynastien, zugelassen und entsprechend zensiert. Wahlen entpuppten sich in den Republiken als reine „Scheinwahlen“

und im Hinblick auf politische Macht fand sich weit und breit von „Volksherrschaft“ keine Spur. Letztlich funktionierten auch auf dem Papier progressiv und dezidiert anti-monarchisch konzipierte Staaten wie das Baath-Regime Saddam Husseins und Mubaraks Militärdiktatur in Ägypten nach regionaltypischen Dynastiestrukturen. Das brutale Assad-Regime in Damaskus ist noch heute ein anachronistisches Überbleibsel hiervon.

Zudem sorgten der israelisch-palästinensische Dauerkonflikt sowie die einseitige Nichtberücksichtigung palästinensischer Interessen dafür, dass außenpolitische Strategien und übersteigerte Verschwörungstheorien den Kern politischer Diskurse arabischer Machthaber prägten. Innen-, wirtschafts- oder sozialpolitische Visionen wurden dabei in den Hintergrund gedrängt und spielten so gut wie keine Rolle mehr in der nationalen Politikplanung für das eigene Volk.

Von Exklusion und Gerontokratie

Keine andere Weltregion hat im Verlauf der zurückliegenden Jahrzehnte derart schlechte Entwicklungsindikatoren vorzuweisen wie die arabische Welt. Sie spiegeln sich gegenwärtig mit Ausnahme der Golfstaaten in einem exorbitant schwachen *Human Development* und *Gender Gap Index* wider. Insbesondere im Hinblick auf Bildungsniveau und Lebensstandard sind Nordafrika als auch der Nahe Osten seit Beginn der konfliktreichen 80er Jahre und gestärkt durch Nepotismus und endemische Korruption in eine überdurchschnittlich lange Stagnationsphase eingetreten.

So sehen Entwicklungsprognosen die arabische Welt im Jahr 2050 weiterhin deutlich hinter allen anderen Welt-

regionen zurück. Einzig die Sub-Sahara-Region weist aufgrund der demografischen Entwicklung und allgemeinen Strukturschwäche noch schlechtere Entwicklungsperspektiven als die arabische Welt auf.¹

Der zum Jahresende 2016 bei UNDP erschienene *Arab Human Development Report* legt mit Blick auf Nordafrika und den Nahen Osten ernüchternde Zahlen vor: 45 Prozent aller weltweiten Terroranschläge finden in der arabischen Welt statt, 68 Prozent aller global zu beklagender Toten aus Konfliktregionen kommen aus der MENA-Region. Im Hinblick auf die Anzahl der Binnenflüchtlinge finden sich, insbesondere durch die anhaltenden und schweren Auseinandersetzungen in Syrien und im Irak, knapp 50 Prozent aller *Internally Displaced People* in arabischen Ländern wieder. Zudem kommen knapp 58 Prozent aller weltweit erfassten Flüchtlinge, einschließlich der palästinensischen Auswanderer, aus arabischen Ländern.²

Die Gründe für diese anhaltend negative Entwicklungstendenz sowie den fortschreitenden Zerfall arabischer Gesellschaften sind komplex und vielfältig. Neben den zahllosen Konflikten sind breite Modernisierungsinitiativen hauptsächlich an den oligarchischen Strukturen und einem chronisch eingewachsenen Staat im Staat in der arabischen Welt gescheitert. Die dadurch ausbleibende ökonomische Diversifizierung sowie ein aufgeblähter und ineffizienter öffentlicher Sektor mit überproportionalen Ausgaben bei unzureichender Haushalts- und Fiskalpolitik lassen ein Ende der sozioökonomischen Stagnationsphase trotz überdurchschnittlicher Reformbemühungen vor allem in Marokko und

Tunesien kurz- und mittelfristig nicht absehen.

Hinzu kommt ein in weiten Teilen der arabischen Welt völlig defizitärer Bildungssektor, der den demografischen Erfordernissen und dem globalen Bildungsstandard auch in absehbarer Zeit nicht gerecht werden kann. So finden sich in der aktuellen PISA-Studie für Schulleistungskompetenzen mit Algerien, Tunesien, Jordanien sowie den Vereinigten Arabischen Emiraten lediglich vier arabische Staaten wieder, die alleamt schwach platziert sind. Alle anderen arabischen Länder fanden aufgrund der chronischen Defizite im Bildungssystem für die PISA-Studie keine Berücksichtigung. In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass insbesondere die arabischen Länder in Nordafrika weiterhin einen hohen Analphabetismus vorweisen. Allein in Marokko und Ägypten sind es schätzungsweise immer noch knapp 40 Millionen Menschen, die weder lesen noch schreiben können.



Marokko nimmt derzeit Rang 123 im Human Development Index ein. Quelle: HSS Marokko.

Zudem weisen fast alle Länder der MENA-Region überdurchschnittlich schlechte Werte in den Bereichen Regierungsführung und Transparenz auf. Das hat nicht nur zu einer Verkümmern der

Idee des Gemeinwohls geführt, sondern die unzureichende Performance politischer und wirtschaftlicher Eliten bereitet darüber hinaus den idealen Nährboden für umfassende Ressourcenverschwendung. Positive Ausnahmen im jüngsten von *Transparency International* vorgelegten Korruptionsindex 2016 sind lediglich die Staaten des Golfkooperationsrates, allen voran die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar. Beide Länder verfügen jedoch nur über eine geringe indigene Bevölkerung und sind im *Human Development Index* kaum als repräsentativ für die arabische Welt zu betrachten.

Ein wichtiger Faktor für die schwindende soziale Kohäsion arabischer Gesellschaften ist die Greisenherrschaft oder Gerontokratie. Die politische Greisenelite sieht in der jungen Bevölkerung der arabischen Welt weder eine nachhaltige Wachstumsressource noch Entwicklungspotenzial für die Zukunft, sondern lediglich eine massive Bedrohung ihrer Partikularinteressen. Die Altersgruppe von 15 bis 29 Jahren beläuft sich nach Schätzungen der Vereinten Nationen und des britischen *Economist* auf knapp 105 Millionen Menschen in der Region. Die Jugendarbeitslosigkeit ist gegenwärtig mit 30 Prozent doppelt so hoch wie der globale Durchschnitt von 14 Prozent. Im mit 82 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichsten Land Nordafrikas und des Nahen Ostens, Ägypten, erreicht sie gar bedrohliche 40 Prozent.³

Insbesondere junge Frauen sind nach wie vor flächendeckend vom Zugang zu adäquaten Jobs und beruflicher Perspektive ausgeschlossen. Durch die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt beläuft sich der jährliche

Verlust am BIP in der Region nach Schätzungen von Wirtschaftsexperten auf über 30 Prozent im Vergleich zu Staaten außerhalb der MENA-Region. Die durchschnittliche Präsenz von weiblichen Abgeordneten in Ländern mit parlamentarischem System liegt bei knapp 19 Prozent. Auch hier bilden die arabischen Länder weltweit das Schlusslicht.

Zudem sorgt die hermetisch-elitäre Struktur politischer und wirtschaftlicher Eliten, beides eng verflochten in allen arabischen Staaten, weiter für einen exorbitant hohen Politikverdross und Abstinenz an politischer Partizipation bei der jungen Bevölkerung. Damit belegt die arabische Welt auch im Hinblick auf endemische Demokratiedefizite weltweit den Spitzenplatz. Im Rahmen des Anfang 2017 erstellten *Democracy Index* des *Economist* erreicht lediglich ein arabisches Land, Tunesien, den Status einer *Flawed Democracy*. Den Status des *Hybrid Regime*, in dem es zumindest ansatzweise demokratische Beteiligung gibt, teilen sich der Irak, Libanon, Marokko und Palästina. Alle anderen Staaten finden sich ungeachtet ihrer unterschiedlichen Wohlstands- und Entwicklungsparameter als *Authoritarian Regimes* wieder.

Das Flächenbrandpotenzial bleibt damit auch mittelfristig weiterhin hoch in der Region. So bezeichneten im aktuellen Entwicklungsbericht der Vereinten Nationen zur arabischen Welt 75 Prozent der Menschen die wirtschaftliche Lage als die zentrale Herausforderung für die Zukunft der arabischen Länder. Durch unzureichende Strukturen im Bereich des privatwirtschaftlichen und mittelständischen Sektors sowie aufgrund der Tatsache, dass die arabische Welt als

reiner Konsument, abgesehen von landwirtschaftlichen Produkten, und nicht als Produzent auftritt, sind derzeit kaum nennenswerte Indikatoren für die nachhaltige Entwicklung einer soliden Mittelschicht gegeben. Ohne mittelständisches Unternehmertum wird die Region jedoch keine Mittelschicht hervorbringen können und ohne eine stabile Mittelschicht sind allerdings auch die gesellschaftspolitischen Grundvoraussetzungen für einen erfolgreichen Demokratisierungsprozess in der Region weiterhin nur sporadisch vorhanden.

Es gehört zu den wesentlichen Fehlentwicklungen, dass der gesamte öffentliche Sektor innerhalb der letzten Jahrzehnte seine Modernisierung verpasst hat und brach liegt. Die Dringlichkeit dieses chronischen Strukturproblems in der arabischen Welt hat der marokkanische König Mohammed VI. im Rahmen seiner Rede zur Eröffnung der parlamentarischen Sitzung nach der Sommerpause 2016 am Beispiel Marokko zum Hauptgegenstand seiner Rede gemacht. Dabei kritisierte er die strukturellen, aber auch moralischen Defizite im Verwaltungsbereich seines Landes äußerst scharf.⁴

Weiterhin ist, abgesehen von den modernen und ressourcenreichen Golfstaaten Vereinigte Arabische Emirate, Katar und mit Abstrichen Saudi-Arabien, ein Großteil der arabischen Staaten nur mangelhaft in die Strukturen der globalen Weltwirtschaft integriert.

Alle genannten Indikatoren belegen die Schärfe der sozialen Disparität und Marginalisierung, die sich wie ein chronisches Leiden in die postkoloniale und vom Narrativ eines gescheiterten Aufholversuchs geprägte Moderne arabi-

scher Staaten eingefressen hat. Durch die anhaltende terroristische Bedrohung und das immense Radikalisierungspotenzial aufgrund sozialer Perspektivlosigkeit sind die arabischen Staaten aller Voraussicht nach in noch stärkerem Maße dazu gezwungen, die innere Sicherheit zur prioritären politischen Agenda zu machen. Die Folgen werden weiter steigende Sicherheits- und Rüstungsausgaben sowie ein Rückgang reformpolitischer Initiativen im Bereich Rechtsstaat und Demokratie sein. Die dringend erforderliche sozioökonomische Inklusion und ein verbessertes wirtschaftliches Investitionsklima laufen dabei Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten.

Stabilitätsfaktoren Tradition und Dynastie

Trotz des flächendeckend schlechten Entwicklungsstadiums in der gesamten Region tut sich eine erhebliche sozioökonomische und sicherheitspolitische Kluft zwischen Staaten „republikanischer“ Prägung mit semipräsidentiellen Strukturen sowie den größtenteils autokratisch regierten Monarchien und Emiraten auf. Alle acht arabischen Monarchien, nämlich Saudi-Arabien, Marokko, Jordanien, die Vereinigten Arabischen Emirate, der Oman sowie die kleinen und wohlhabenden Emirate Katar und Kuwait und das noch kleinere Bahrain überstanden nahezu unbeschadet die Ereignisse und Umbrüche des Arabischen Frühlings.

Hier kann mit Blick auf die postkoloniale Phase der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, in der die arabische Welt zwischen Hammer und Amboss der großen rivalisierenden Blöcke imperialer Ideologien geriet, geradezu von

einer Renaissance monarchischer Herrschaftslegitimität gesprochen werden.

So nährte zwischen 1952 und 1969 der Fall dynastischer Herrscherfamilien in Ägypten, Tunesien, dem Irak, Nord-Jemen und Süd-Arabien sowie in Libyen den Traum einer erfolgreichen Umsetzung republikanischer Herrschaftsmodelle in der Region. Mit dem Sturz der Monarchien in Afghanistan und dem Schah von Persien kamen zwei weitere traditionelle Dynastien in der erweiterten Region noch in den 70er Jahren unter die Räder kommunistischer oder totalitär-islamistischer Verheißungen. Die militaristisch-sozialistische oder auch revolutionär-dynamische Prägung dieser Staaten erweckte zunächst den Anschein eines echten Aufbruchs in die Moderne, der rasch, vor allem im Falle Afghanistans, der Erkenntnis gewichen war, dass ein völlig kulturfremdes politisches System die einheimische Bevölkerung in einen vollständigen Entfremdungsprozess trieb. Der Ausgang des afghanischen Experiments mit der Machtübernahme der radikalislamischen Taliban ist allseits bekannt.

Die Gründe für die Resilienz arabischer Monarchien gegenüber der historischen Zäsur in der Region sind ausgesprochen vielschichtig.

Neben der Konsolidierung von Macht und überdurchschnittlichen Finanzressourcen im Falle der Golfstaaten ist auch die enge Bindung aller arabischen Monarchien an die USA noch immer ein wichtiger Stabilitätsfaktor. Trotz der erheblichen Verstimmungen in jüngster Zeit sind die USA immer noch direkte Schutzmacht für Saudi-Arabien, Katar und Bahrain sowie die Vereinigten Arabischen Emirate, wo sie auch Militär-

basen von wichtiger geostrategischer Bedeutung unterhalten.

Ungeachtet des historisch niedrigen Ölpreises verfügen insbesondere die sechs Golfmonarchien noch immer über ausreichende Finanzeinnahmen, um der indigenen Bevölkerung materielle Armut und ökonomische Exklusion weitestgehend zu ersparen. Daher finden sich auch als einzige arabische Länder alle sechs Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrates im Rahmen des *Human Development Index* in der Kategorie *Very High Developed* wieder und reihen sich nahtlos unter die westlichen Industriestaaten ein.

Zudem greifen die Golfmonarchien und Emirate den beiden rohstoffarmen und finanzschwachen Monarchien Jordanien und Marokko finanziell beträchtlich unter die Arme, seit den regionalen Umwälzungen von 2011 in noch weitaus stärkerem Maße als bisher. Unmittelbar nach Ausbruch der Proteste flossen 1,4 Milliarden US-Dollar von Saudi-Arabien nach Jordanien, um ein Rekorddefizit des Staatshaushaltes abzufedern und Reformprogramme zu ermöglichen. Marokko wurden kurze Zeit später fünf Milliarden US-Dollar für Infrastrukturprojekte bis ins Jahr 2017 zugesichert.⁵

Außerdem wurde die strategische Partnerschaft seitens der Golfstaaten mit Jordanien und Marokko vor allem im sicherheitspolitischen Bereich und in der Militärkooperation erheblich ausgeweitet. Damit haben auch die wohlhabenden Golfstaaten zumindest indirekt Anteil an der Abfederung der Protestbewegungen in Jordanien und Marokko sowie durch eine konkrete militärische Intervention in dem mehrheitlich von Schiiten bewohnten, aber von der sunnitischen Dynastie der Khalifas regierten Bahrain.



Die arabische Welt befindet sich in einem schmerzhaften und unumkehrbaren Wandlungsprozess. Nach wie vor herrscht viel Schatten vor, doch die Hoffnung auf mehr Wachstum, Entwicklung und Partizipation bleibt. Ouarzazate, Marokko. Quelle HSS Marokko.

In allen Monarchien kam es darüber hinaus nicht zum Bruch des gut strukturierten und gewachsenen Sicherheitsapparates, deren Loyalität und Effizienz sich die Herrscherhäuser sicher sein können. Die stabile Sicherheitslage trägt dazu bei, dass in den Golfmonarchien und auch in Marokko weiterhin investiert werden kann und es bei den Touristenzahlen nicht zu den eklatanten Einbrüchen wie in Ägypten, Tunesien und Jordanien kam.

Durch die beträchtlichen Finanzspritzen der Golfländer können aber auch ressourcenarme Monarchien wie Marokko im Verlauf der letzten Jahre Fortschritte und die teilweise Umsetzung politischer und wirtschaftlicher Reformen vorweisen. Marokko ist neben einer erfolgreich durchgeführten Reform der Gebietskörperschaften nach dezent-

ralem Muster zu Jahresbeginn durch anhaltendes diplomatisches Werben nicht nur in die Afrikanische Union (AU) zurückgekehrt, sondern nimmt bereits seit einigen Jahren unter wirtschaftlichen und religiösen Gesichtspunkten eine Leadership-Position in Westafrika ein. In diesem Zusammenhang versteht sich das Land als treibende Kraft einer neuen Dimension der Süd-Süd-Kooperation, die sich vor allem in bilateralen Abkommen und Investitionen marokkanischer Unternehmen in Westafrika widerspiegelt.

Außerdem nimmt Marokko durch eine beispiellose Energiewende nicht nur in Afrika, sondern auch auf globaler Ebene eine klimapolitische Vorreiterrolle ein. Bis ins Jahr 2030 möchte das Königreich im Westen der arabischen Welt über 50 Prozent seines weiter stark ansteigenden Energiebedarfs durch erneu-

erbare Energien abdecken. Erst kürzlich wurde mit Hilfe des saudi-arabischen Energieentwicklers ACWA-Power im Süden des Landes in Rekordzeit das größte Solarenergiekraftwerk (Noor 1) der Welt errichtet. Die deutsche KfW-Bank bezuschusste das Projekt mit insgesamt 834 Millionen Euro.⁶

Aufgrund des global unterdurchschnittlichen CO₂-Ausstoßes, bedingt vor allem durch den schwachen *Human Development Index*, nimmt Marokko im *Climate Performance Index* von *German Watch* 2016 eine Positionierung unter den Top-Ten-Nationen und weit vor der Bundesrepublik Deutschland ein.

Ungewöhnliche Anzeichen des Wandels sind jüngst auch im konservativ-puritanischen Saudi-Arabien zu vernehmen. Im Auftrag des jungen Vize-Kronprinzen und Verteidigungsministers Mohammed Bin Salman al Saud präsentierte das Land, das sich als Hüter der Heiligen Stätten des Islam versteht, kürzlich das von *McKinsey* erstellte Reformprogramm *Vision 2030*.⁷

Die Supermacht des Golfkooperationsrates und der zugleich weltgrößte Erdölproduzent plant demzufolge eine schnelle und einschneidende Diversifizierung seines Wirtschaftssektors. Nicht nur soll dem saudischen Energieriesen ARAMCO, nach Expertenschätzungen noch vor Google das teuerste Unternehmen der Welt, ein eingeschränkter Börsengang ermöglicht, sondern auch die größte Stadt der arabischen Halbinsel, die saudische Hauptstadt Riad, neben Dubai zum nachhaltigen und Scharia-konformen Investment-Hub in Vorderasien werden.

Das sind ehrgeizige und längst überfällige Visionen, zumal das Land im Jahr

2016 immerhin ein Haushaltsdefizit von 13,5 Prozent (78 Milliarden US-Dollar) gemessen am BIP zu beklagen hatte. Das Land verfügt allerdings immer noch trotz der immensen Finanzspritzen für das weiter schwächelnde Ägypten in Höhe von 12 Milliarden US-Dollar allein in den Jahren 2013 bis 2015 über Devisenreserven von etwa 500 Milliarden US-Dollar.⁸

So ist auch dort mittelfristig mit einem langsamen Mentalitätswandel und einer Abschwächung der puritanischen Auslegung des Islam zu rechnen. Auch das Fahrverbot der Frauen beginnt sich zu lockern, vor allem im weltoffenen Dschidda wird die Widerspenstigkeit saudischer Frauen in Bezug auf das Selbstfahren mehr und mehr stillschweigend toleriert.

Dennoch bleibt der Handlungsspielraum der *Ruling Elite* des Hauses Saud begrenzt, zumal sich die Herrschaftslegitimität des Familienstaates einem historischen Pakt mit den Gelehrten salafistisch-puritanischer Orientierung verdankt und tief in die historische Machtkonstellation des Landes eingeschrieben ist.

Darüber hinaus prägt vor allem außenpolitisches Kalkül das Handeln in Riad. Die regionale Supermacht Saudi-Arabien hat erhebliches Interesse an der Stabilität sunnitisch geprägter Nachbarstaaten, vor allem dem bevölkerungsreichen Ägypten. Allerdings lassen sich diese im Rahmen der von Saudi-Arabien angeführten Militärintervention im *Failed State* Jemen gegenwärtig auf das ungewisse Abenteuer eines weiteren Stellvertreterkrieges mit dem Iran ein.

Neben den demografischen und ökonomischen Faktoren wird das Entwicklungsszenario in der Region ganz

wesentlich vom Willen zur politischen Versöhnung bzw. vom Ausgang des Ringens um die Vorherrschaft im Nahen Osten zwischen den religiöse Herrschaftslegitimität beanspruchenden Gelehrten des schiitisch revolutionären Iran und dem Hause Saud abhängen. Beide Staaten sind derzeit durch einen Mangel an regionalpolitischer Vision und einer kurzsichtigen Außenpolitik gleichermaßen wesentlich für die ethnische und konfessionelle Spannung sowie die blutigen Auseinandersetzungen in der ganzen Region, nicht nur in Syrien und im Irak, mitverantwortlich.

Riskantes Kräftemessen am Golf

Wie in Syrien, wo gut organisierte militärische Einheiten der libanesisch-schiitischen Hisbollah-Milizen und der iranischen Quds-Brigaden unter Führung des iranischen Militärstrategen Qassem Soleimani unterstützt von massiven russischen Luftangriffen eine Wende für das schiitisch-alewitische Assad-Regime herbeiführten, geht es auch im Jemen um die regionale Vorherrschaft zwischen dem schiitischen Iran und dem sunnitischen Saudi-Arabien.⁹ Das Kernland des arabischen Halbmondes ist längst zum Schauplatz eines großangelegten Stellvertreterkrieges in der Region geworden.

Die konfessionelle Splittung zwischen Sunniten und Schiiten aufgrund einer fortschreitenden Instrumentalisierung der Religion spielen allerdings nicht erst seit gestern eine im Westen massiv unterschätzte Rolle beim Ringen um regionale Vorherrschaft.

Zu den schmerzhaftesten Erkenntnissen des Westens im Hinblick auf sein außenpolitisches Handeln in der Region gehört fraglos, dass der Sturz Saddam

Husseins durch eine US-geführte Militärkoalition im Jahr 2003 und einer anschließenden Besetzung bis ins Jahr 2011 ein Machtvakuum von gigantischem Ausmaße im Zweistromland geschaffen hat.

So war das brutale Saddam-Regime der letzte Puffer, der die Regionalgiganten Iran und Saudi-Arabien noch auseinanderzuhalten vermochte. Bestärkt durch eine Politik der systematischen Exklusion sunnitischer Bevölkerungsgruppen und alter Saddam-Eliten durch die schiitische Mehrheitsbevölkerung sowie der völligen Abwesenheit einer auf Ausgleich und Versöhnung abzielenden Übergangsgerechtigkeit entwickelte sich der Irak in rasender Geschwindigkeit zur Wiege einer neuen terroristischen Dimension, die selbst die Al Qaida-Führung um den ägyptischen Bin Laden Nachfolger Ayman Zawahiri in „moralische“ Erklärungsnot und schließlich in die Distanz trieb. Die Terrororganisation *Al Qaida im Irak* wandelte sich in der Folge unter Führung des Psychopathen und Kriminellen Mussab Al Zarkawi, nach dessen Tod und im Zuge des Jahre später aufkeimenden Konflikts in Syrien in das Monstrum des sogenannten *Islamischen Staates* (IS), dem größten radikal-militanten *Non-State-Actor* in der arabischen Welt.

Gleichermaßen war das brutale Vorgehen des alawitisch-schiitischen Machthabers Baschir Al Assad gegen die sunnitischer Mehrheitsbevölkerung in Syrien im Zuge der Ereignisse im Jahr 2011 das ideale Legitimationsinstrument für die unter Druck der schiitischen Mehrheitsbevölkerung geratene sunnitischer Aufstandsbewegung im Irak. Die Spirale der Gewalt entpuppte sich nicht

nur als effektiver Antriebsmotor für die Rekrutierung von Aufständischen unter der sunnitischen Bevölkerung, sondern als willkommener Anlass zugleich, das Operationsfeld des sunnitischen Widerstands strategisch auf Syrien auszuweiten.

Während im Irak der Iran seinen gesamten macht- und religionspolitischen Einfluss zur Interessenswahrung der schiitischen Mehrheit geltend machte, waren es vor allem sunnitische Großmächte wie Saudi-Arabien, die Türkei und das kleine, aber einflussreiche Emirat Katar, die den Aufstand der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit in Syrien ideologisch, finanziell, aber auch strategisch unterstützten. Insbesondere die sunnitischen Staaten verspekulierten sich in ihrer Hoffnung auf einen schnellen Sturz Assads, der letztlich durch die russisch-iranische Präsenz verhindert werden konnte. Sie verspekulierten sich auch im Hinblick auf die Absehbarkeit der Folgen, die zur Konsolidierung eines Großteils sunnitischer Rebellengruppen und letztlich zur Herausbildung des Monstrums „Islamsicher Staat“ führte.

Der Stellvertreterkonflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran in Syrien und im Jemen sowie die Präsenz des IS stellen mittelfristig das größte Destabilisierungsrisiko der Region dar. Nach dem Atomabkommen G5+1 und dem Test einer iranischen Mittelstreckenrakete Ende Januar 2017 dürfte sich das politische Reizklima zwischen Saudi-Arabien und dem Iran weiter zuspitzen. Das führt inzwischen soweit, dass Israel und die Golfstaaten nahezu die gleichen sicherheitspolitischen Interessen im Hinblick auf die militärische und vor allem atomare Aktivität des Iran teilen.

Ein weiteres Hindernis für eine positive Entwicklung in der Region ist zudem die fortschreitende Instabilität der euroasiatischen Regionalmacht Türkei. Das Land hat insbesondere nach den Ereignissen des Jahres 2011 seinen demokratischen Modellcharakter im Zuge der regionalen Auseinandersetzungen sowie innenpolitischer Machtkämpfe vollständig eingebüßt. Inzwischen erfährt die Türkei eine ähnliche gesellschaftliche Spaltung und Polarisierung, wie wir sie auch in zahlreichen arabischen Ländern vorfinden. Damit wird das Land zunehmend zu einem Sicherheitsrisiko und Destabilisierungsfaktor für Europa.

Zwischen Nihilismus, Soteriologie und Dschihad – Spuren muslimischer Identitätskrise

Der gesellschaftliche Strukturwandel und fortschreitende Verlust sozialer Kohäsion einhergehend mit der Schwächung arabischer Nationalstaaten machen neben der politischen und ökonomischen Abwärtsspirale fast zwangsläufig die umfassende Identitätskrise der arabischen Welt sichtbar. Das Spannungsverhältnis zwischen Tradition und Moderne, zwischen säkularem und religiösem Weltbild verschärft sich weiterhin in fortschreitendem Maße. Damit vertieft sich nicht nur der sozioökonomische, sondern auch der *weltanschauliche* Graben innerhalb der arabischen Gesellschaften. Die jüngsten politischen Entwicklungen in der Türkei, in Ägypten, aber auch in Tunesien veranschaulichen diese gesellschaftspolitische Spannung unmissverständlich.

Der Islam und Religion insgesamt bleiben wesentliche kulturelle und soziale Faktoren im Alltagsleben der Regi-

on, die darüber hinaus immer schon, ungeachtet der theoretischen Debatte über Säkularismus und Laizismus, in das Feld des Politischen und Alltäglichen einwirken. Vor allem kontroverse und politisch heikle Fragestellungen nach sozialer Gerechtigkeit und Regierungsführung werden dabei, gestärkt durch soziale Desintegration und Korruption, mehr und mehr aus islamischem Blickwinkel kritisch beleuchtet. Allerdings ist durch eine stärkere Politisierung des Islam durch „westliche Faktoren“ wie Parteienbildung mit religiösem Referenzrahmen und die islamische Revolution im Iran im Jahr 1979 eine neue Welle exklusiver Tendenzen mit Wucht in die traditionell und teilweise feudal strukturierten Gesellschaften der arabischen Welt und des Nahen Ostens eingedrungen.

Heute beanspruchen ganz unterschiedliche Gruppierungen, darunter salafistische Strömungen, eine Massenorganisation wie die Muslimbrüder sowie dezidiert „islamisch“ ausgerichtete Parteien nicht nur die Deutungshoheit über sozial-religiöse Kontexte, sondern agieren zugleich immer auch auf politischer Referenzebene. Diese „demokratische“ Errungenschaft hin zur Interessens- und ideologisch motivierten Wettbewerbspolitik stellt gegenwärtig den gesellschaftlichen Zusammenhalt in muslimisch geprägten Staaten massiv in Frage, zumal im gesellschaftspolitischen Kontext genuin islamischer Länder das Streben nach politischer Macht Einzelner oder Gruppen durch dynastische Traditionen nicht in dem Maße stattgefunden hat, wie im Westen.

Arabische Gesellschaften stehen daher vor der immensen Herausforderung,

sich mit dem Phänomen eines politischen Islam „modern-demokratischer“ Prägung auseinandersetzen und das Verhältnis von politischer Macht und Religion neu definieren zu müssen. Es ist ein im Westen unterschätzter Faktor, dass fromme Muslime generell zur Distanzierung gegenüber wettbewerbsorientierter Parteipolitik neigen, da sie das Machtkalkül dahinter verspüren, was viele als unislamisch empfinden und misstrauisch macht. Viele Muslime vertrauen daher immer noch lieber dem „genetischen Zufall der vererbten Macht“¹⁰, die nicht mit Versprechungen um Stimmen und Machtanspruch werben muss.

Aufgrund der defizitär entwickelten Konsenskultur bleibt zu erwarten, dass politische Partizipation sowie Demokratisierung und Modernisierung nach „westlichem Vorbild“ in ihrer Übergangsphase die innergesellschaftlichen Konflikte, insbesondere in multiethnischen Staatsgefügen, über die bloße Polarisierung von säkular und religiös hinaus weiter zu Tage fördern und verschärfen werden. Von salafistisch-schihadistischen Terrororganisationen wie Al Qaida und IS über streng konservative Salafisten und Muslimbrüder bis hin zu den als „gemäßigt“ geltenden Parteien mit islamischem Referenzrahmen wie die türkische AKP und die tunesische Ennahda fehlt allen diesen politischen Akteuren ein ganzheitliches Bild von einer mehrheitlich muslimischen Gemeinschaft und ihrem Umgang mit religiösen, ethnischen und *weltanschaulichen* Minderheiten.

Entsprechend hat die renommierte marokkanische Islamgelehrte und Ärztin Asma Lamrabet kürzlich im marokkani-

schen *Economiste* eingeräumt, dass es im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte zu einer immensen Verschiebung weg von der spirituellen Lebens- und Grundeinstellung im Islam hin zu einer politischen gegeben habe. Mit dem Grad der Zunahme an Politisierung des Islam, so Lamrabet, sei auch das innergesellschaftliche Konfliktpotenzial exorbitant angewachsen.¹¹

So wirft die Geburtsstunde des modernen politischen Islamismus der Gegenwart bereits im Jahr 1979 mit der schiitischen Revolution im Iran und der Implementierung der Herrschaftslegitimität islamischer Gelehrter (*velayat e faqih*) sowie mit der blutigen Revolte durch eine sunnitisch-extremistische Gruppierung um den selbsternannten „Endzeittheologen“ Uthman al Utaybi im Heiligtum von Mekka im gleichen Jahr seine unheilvollen Schatten voraus. Zur gleichen Zeit beginnt sich im Zuge des muslimischen Widerstandes durch eine transnationale Gruppierung von Mudschaheddin gegen die russische Besatzungsmacht in Afghanistan das Dschihad-Konzept einer nationalen Befreiung muslimischen Territoriums von einer nicht-muslimischen Besatzungsmacht zum Konstrukt eines neuen transnationalen Dschihadismus zu wandeln. Er bildet in dieser Ausprägung und durch seine paradigmatische Neubestimmung gegenwärtig die größte Herausforderung für die Sicherheit muslimischer und nicht-muslimischer Gesellschaften gleichermaßen, da er sich inzwischen als völlig verselbständigte globale „Befreiungsideologie“ bzw. „Befreiungstheologie“ verkauft.

So hat sich die moderne Dschihadistszene zu einer radikalen

Widerstandsbewegung globalen Ausmaßes entwickelt. Einem apokalyptisch-manichäischen Weltbild verpflichtete Gruppierungen wie Al Qaida und IS haben in muslimischen und nicht-muslimischen Ländern gleichermaßen ein neues Klima von Polarisierung, Intoleranz und Denunziation (*takfir*) geschaffen. Muslime, die nicht den engstirnigen Vorstellungen dieser Gruppen entsprechen, werden schnell des „Abfalles vom Islam“ (*irtidad*) bezichtigt.

Zudem präsentieren sich extremistische Gruppen weiterhin als attraktives Label für all jene jungen Menschen, die zu den sozialen Verlierern arabischer Gesellschaften, aber auch Europas gehören. Im Hinblick auf die prekäre Lage in der Region ist trotz militärischer Erfolge ein Sieg mit „ideologischen“ Mitteln gegen diese Strömungen kurz- und mittelfristig nicht abzusehen.

Verschärft wird diese Problematik durch die umfassende und unumkehrbar scheinende Dauerkrise der großen Bildungsanstalten und Universitäten auf dem Gebiet des theologischen Wissens. Die einstigen Wiegen der religiösen, aber auch empirischen Wissenschaften, wie die Universitäten Al Azhar in Kairo oder die Al Qarawiyyine in Fès sind längst von den Massen an Gelehrtenkarikaturen und ihrer *Halal-Haram-Life-Style-Beratung* im Internet hinweggefegt worden.

So hat der eigentliche Themenfokus des Islam als Motor für Gerechtigkeit, Wissen und Integration mehr und mehr extremistischen und exklusiven Deutungsmustern Platz gemacht, die vor allem auf Puritanismus, Diskriminierung und einen apokalyptisch-soteriolo-

gischen Heilshorizont setzen. Der Geist des Pharisäertums hat unterstützt durch die technologische Revolution die arabischen Gesellschaften auf völlig neuartige und gefährliche Weise infiziert.

Aufgrund der Durchlässigkeit und Ubiquität sozialer Medien gilt diese Herausforderung allerdings nicht nur für die Staaten in der Region, sondern ebenso für den europäischen und besonders für den deutschen Kontext. Das an deutschen Schulen ein adäquater Religionsunterricht für Muslime nicht auf dem Lehrplan steht, dürfte nicht nur in Kürze bei der dritten Generation deutscher oder in Deutschland lebender Muslime das Gefühl der Exklusion stärken, sondern auch den selbsternannten Islamgelehrten auf *YouTube* und in dubiosen Hinterhofmoscheen massiv in die Hände spielen. Die Anzahl auch europäischer Kampfwilliger in den Reihen des IS hat das den europäischen Gesellschaften schmerzlich vor Augen geführt.

Wie und ob muslimische Gemeinschaften ihre Identitätskrise bewältigen wird auch davon abhängen, ob es ihnen gelingt, sich der patriarchalisch geprägten und maskulinen Deutungshoheit der islamischen Quellentexte Koran und Hadith zu widersetzen. Man kann in dieser Hinsicht nur hoffen, dass das jüngste und längst überfällige Buch *Letters to a young Muslim*, das in Kürze auf dem deutschen Buchmarkt unter dem Titel *Es gibt keinen Grund zu hassen* erscheint, nicht nur von akademischen Eliten in der westlichen Welt gelesen wird. In dieser Schrift widmet sich der junge Elitediplomat und derzeitige Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate in Russland, Saif Omar Ghobbash, in aufrichtiger und ungewohnt kritischer Weise den

innergesellschaftlichen Problemen der arabischen Welt.

Dabei versucht er über eine chronologische Abfolge pädagogischer Briefe an seinen Sohn die Schönheit einer Weltreligion nachzuzeichnen, die all ihre Kreativität, ihren Großmut, ihre Toleranz und ihre gesellschaftspolitisch gestaltende Kraft aufgrund der Abwärtsspiralen von Armut, Exklusion und Radikalisierung verloren zu haben scheint. Zudem setzt er sich leidenschaftlich dafür ein, dass politische und religiöse Eliten ihrer jungen und entwicklungshungrigen Bevölkerung endlich auf Augenhöhe begegnen, Distanz, Kluft und autoritäre Strukturen überwunden werden.

Beängstigende Ausmaße nimmt zudem die Reizüberflutung durch das Infotainment in der arabischen Welt an. Aufgrund der Abstinenz kritischer und transparenter Berichterstattung durch qualitativ anspruchsvolle Medien ziehen sich junge arabische Menschen mehr und mehr in den virtuellen Raum sozialer Medien und Facebook zurück. Die Verifizierung und Überprüfbarkeit von Nachrichten und Informationen lassen allerdings zu wünschen übrig, zudem sind sie zumeist untermalt von einer unterschwelligeren Sündenbockrhetorik im Hinblick auf westliche Hegemonie und das Palästina-Problem.

Ein Blick auf den Index von *Reporter ohne Grenzen* lässt schnell erkennen, dass junge arabische Menschen vor allem wichtige Informationen vorenthalten bekommen, die zur kulturellen Entfaltung und wissenschaftlichen Entwicklung unabdingbar sind. Stattdessen drohen sie von der Flut des Sekundären weiter anästhetisiert und global marginalisiert zu werden.

Das Prinzip Hoffnung

Vom Spannungsverhältnis zwischen Demografie als Bedrohungsfaktor für politische Stabilität und dem Status quo hängt zweifellos die künftige Entwicklung der arabischen Welt ab. Die Staaten der Region befinden sich allesamt in der Phase eines beispiellosen historischen Wandels, der mit den Ereignissen Ende des Jahres 2010 unaufhaltsam eingesetzt hat. Der Region werden politische und sozioökonomische Entwicklung ohne eine strategische Vision nachhaltiger Inklusion für die junge Bevölkerung und ohne Implementierung realer Geschlechtergleichstellung verwehrt bleiben.

Zentrale Bedeutung wird dabei die Fragestellung haben, wie der Misogynie und der Unbarmherzigkeit, der beispielsweise alleinerziehende oder unverheiratete Frauen in der gesamten Region ausgesetzt sind, nachhaltig begegnet werden. Die jüngsten Verfassungen Marokkos und Tunesiens tragen dieser Erkenntnis zumindest de jure und auf verfassungsrechtlicher Ebene Rechnung, ohne sich indes in der gesellschaftspolitischen Realität widerzuspiegeln. Die arabische Welt hat nur dann eine Chance ihren Platz in der komplexen globalen Struktur von morgen zu finden, wenn sie nicht nur auf der Ebene religiöser Deutungshoheiten eine umfassende „Entpatriachalisierung“ erfährt.

So tragen nach wie vor über 50 Prozent der Bevölkerung, das entspricht dem Anteil der Frauen, nur unzureichend zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Dabei geht es nicht darum, das klassische Konstrukt der Familie in Frage zu stellen, sondern im Gegenteil, Frauen die Möglichkeiten einzuräumen, selbst etwas zum Wohlstand und der Entwick-

Projekte der HSS

Die Hanns Seidel-Stiftung ist seit 1987 in Marokko aktiv. Im Rahmen des Projektansatzes „Demokratischer Übergang und Strukturwandel in den Ländern des Maghreb“ unterstützten wir zusammen mit Partnern staatlicher Forschungseinrichtungen und der akademischen Zivilgesellschaft die Eckpfeiler der marokkanischen Reformpolitik, vor allem die in der Verfassung von 2011 verankerte Regionalisierung und die Konsolidierung des demokratischen Rechtsstaates. Darüber hinaus stärken wir die Kompetenzen kommunaler Mandatsträger sowie die Teilhabe von Bürgern und der Zivilgesellschaft bei der politischen Entscheidungsfindung in strukturschwachen Regionen. In diesem Zusammenhang fördern wir insbesondere die politische, zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Partizipation von Frauen. Da demokratische Entwicklung und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen, liegt ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit im Bereich sozioökonomische Inklusion durch soziales Unternehmertum, Start-ups und die Stärkung von KMU.

Die Hanns-Seidel-Stiftung ist darüber hinaus die einzige deutsche Stiftung, die zusammen mit der nationalen Anwaltskammer und der Universität Nouakchott regelmäßig Veranstaltungen zu demokratisch-rechtsstaatlichen Themen in Mauretanien durchführt.

Mehr zu unserer aktuellen Arbeit unter:
www.hss.de/marokko

lung der Familie beizutragen, ohne den „falschen“ Stolz des Mannes zu kränken. Fakt ist, dass das gesellschaftlich weiterhin unangefochtene Bild vom Alleinverdiener „Mann“ einen Großteil arabischer Familien an das Existenzminimum oder in die Armut geführt hat. Es wird immer noch nicht in dem Maße kritisch hinterfragt, wie es die aufgeführten ökonomischen Indikatoren erforderlich machen. Wie in allen anderen Weltregionen können sich nur wenige Familien durch

den „Luxus“ eines einzigen Verdieners über Wasser halten. Die arabische Welt wird ohne eine radikale Veränderung dieser *Hard Facts* die hier dargestellten Herausforderungen nicht bewältigen.

Sicherlich muss sie in diesem Zusammenhang dem von ökonomischen Faktoren geleiteten Universalismus materialistischer Weltanschauung Rechnung tragen. So bleibt die größte Herausforderung in der gesamten Region die Bildung einer nachhaltigen Mittelschicht, die es ohne wirtschaftspolitische Vision bei gleichzeitiger Diversifizierung des ökonomischen Sektors nicht geben kann.

Ohne eine Behebung dieser Strukturdefizite kann es auch keinen Konsolidierungsprozess der Haushalts- und Fiskalpolitik geben. Denn ohne eine transparente Haushaltspolitik und Steuerein-

nahmen können insbesondere die bevölkerungsreichen Staaten wie Ägypten, Algerien und Marokko dem Druck steigender öffentlicher Ausgaben kaum standhalten.

So wird der demografische Druck in der Region auch in absehbarer Zeit unverändert hoch bleiben. Selbst das im arabischen Kontext immer noch überdurchschnittlich finanzstarke Saudi-Arabien muss allein 225.000 Stellen jedes Jahr für junge aufstrebende Akademiker schaffen, um der demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen. Nur 49.000 waren es im Jahr 2015, also nicht einmal 25 Prozent des ursprünglichen Bedarfes.¹²

Nüchtern lässt sich konstatieren, dass sich vor allem die ausgebildete Jugend derzeit wenig nach Demokratie und politischer Freiheit sehnt, da sie ein abstraktes, die Gesellschaft weiter spalten-



Ob der arabischen Welt der Übergang in die Moderne gelingt, wird davon abhängen, ob sie flächendeckend Beschäftigungspotenzial für ihre junge Bevölkerung freizusetzen vermag. Oukaimeden, Marokko. Quelle: HSS Marokko.

des und zum jetzigen Zeitpunkt kein Brot und Wohlstand versprechende Experimente darstellen. In diesem Zusammenhang ist bezeichnend, dass der Wunsch nach politischen Freiheiten im Rahmen einer für den *Arab Human Development Report 2016* durchgeführten Umfrage von 16 Wunschlisten lediglich Rang 14 einnimmt. Die beiden ersten Plätze werden vom Wunsch nach freiem Zugang zu guter Bildung sowie der Hoffnung auf Arbeit belegt. Die Verbesserung des Lebensstandards und die Anhebung des Wohlstandes sind derzeit die Hauptsorge und Schlüsselherausforderung in der Region.

Eine ökonomische Stabilisierung in der Region impliziert allerdings politische Stabilität. Politisch stabil sind im Augenblick nur Staaten, die nicht unbedingt den demokratischen Ansprüchen des Westens genügen und zum Teil erheblich autoritäre Prägung besitzen. Dadurch befinden sich westlichen Akteure in einer erheblichen moralischen Breddouille. Nichtsdestotrotz muss sich die deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit noch stärker als bisher in der Region engagieren. Der jüngst von Bundesentwicklungsminister Dr. Müller (CSU) vorgestellte Marshallplan für Afrika ist eine weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung, allerdings müssen die in die Region fließenden Gelder an eine positive Fünf-Jahres-Entwicklung des *Human Development Index* und andere demokratische und sozioökonomische Indikatoren gebunden sein.

Dennoch werden westliches Engagement und guter Wille allein die Konkursmasse der arabischen *Social Fabric* nicht verwalten können. Arabische Staaten müssen auf politischer Ebene dazu

gedrängt werden, einem Mindestmaß an gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Verantwortung nachzukommen und sich deutlich reformwilliger zeigen, als bisher. An dieser Aufgabe ist ein Großteil der politischen Elite im Verlauf der letzten Jahrzehnte in der Region gescheitert. König Mohammed VI. hat in seiner vielbeachteten Rede zum Wiedereintritt Marokkos in die AU vor den afrikanischen Staatsechefs kürzlich betont, dass es für Afrika endlich an der Zeit ist, sich selbst zu entwickeln, selbst Verantwortung zu übernehmen. Im Hinblick auf die arabischen Staaten wird dies in wesentlichem Maße davon abhängen, ob die arabischen Länder ihr zivilisatorisches Selbstbewusstsein wiedererlangen und sich vom Joch des kolonialen Traumas und dessen Demütigung vorbehaltlos befreien können.

Gleiches gilt für die große theologische und juristische Tradition des Islam in der Region: Kann der verkümmerte *Idschtihad*, die „intellektuelle Anstrengung“ seitens der Muslime wiederbelebt werden, um den reichen, aber verstaubten sowie von machtpolitischen Interessen und blinder Nachahmung (taqlid) verschütteten Schatz an Texten und Traditionen für eine nachhaltige globale und menschliche Entwicklung wieder zu heben?

Angesichts des schwierigen Strukturwandels in der Region wird auch Europa derzeit immer wieder vor Augen geführt, wie fragil und kurzlebig zivilisatorische Errungenschaften sein können und wie schnell sie Barbarei und Gewalt zum Opfer fallen. Bedingt durch die Krise in der Nachbarregion und der Migrationswelle ziehen in Europa an allen Ecken und Enden wieder alte, totgesagte popu-

listische Gespenster auf. Diskurse, untersetzt von alten, immer wiederkehrenden atavistischen Mustern, die auch Europäern in ihren alltäglichen Kampf um die eigenen vier Wände und das Dasein als Balsam, als Anästhetikum für erlittenen Frust dienen, die aber am Ende nichts bewirken als Exklusion, Leid und Zerstörung.

Müssen wir daran erinnern, dass Europa ein Wunder an Vielfalt und Sprachen, an grenzenloser Binnenreisefreiheit und kulturellen Unterschieden im Friedenszustand ist? Erst wenn Europa es schafft, für dieses alternativlose Zukunftsmodell einzustehen, uneingeschränkt und prinzipientreu, kann es auch in der arabischen Welt wieder ernst genommen werden und sogar als Inspirationsquelle dienen: Gerade Vielfalt kann im heutigen Kontext Prosperität und Entwicklung bedeuten.

Vor dem Hintergrund des drohenden politischen Rechtsrucks hin zu antidemokratischen Kräften in zahlreichen europäischen Ländern, stehen die deutschen und europäischen Entwicklungsakteure vor einer neuen Herausforderung. Im Hinblick auf die Desintegrationserscheinungen durch Brexit und einer neuen anti-europäischen Rechten in Frankreich und den Niederlanden werden auch die deutschen politischen Stiftungen nicht umhin kommen, sich Gedanken darüber zu machen, wieder vermehrt politische Bildungsarbeit in und für Europa zu leisten, gerade nicht nur in Brüssel. Es wird zunehmend wichtig sein, dass man auch in London, Paris, Rom, Lissabon, Warschau und Belgrad für die Stärkung des europäischen Hauses wirbt. Ansonsten läuft das Konstrukt Europa Gefahr, weiter in eine Dekadenz- und Auflösungsphase einzutreten. Nur

ein selbstbewusstes und einheitliches Europa mit klaren entwicklungspolitischen Zielsetzungen für den Mittelmeerraum kann den epochalen sozioökonomischen, politischen und demografischen Herausforderungen in der MENA-Region erfolgreich begegnen können.

Angesichts der Komplexität an Herausforderungen erscheint es anmaßend, eine Prognose für die Zukunft dieser unendlich reichen Kulturregion Nordafrika und den Nahen Osten abzugeben. So schreibt Monika Bolliger am 29. Dezember 2016 in der *Neuen Zürcher Zeitung* über den *Winter in Syrien*: „Folgt auf jeden Winter irgendwann ein Frühling, in dem die Blumen sprießen? Man muss es Syrien und der Region wünschen, und man muss unermüdlich nach jenen Stimmen suchen, die Visionen haben und weiterdenken. Der Winter aber ist noch eine Weile nicht zu Ende“¹³.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Zukunft des europäischen Zusammenlebens und der Demokratie, das zeigen die jüngsten Ereignisse in schmerzhafter Weise und mit extremer Wucht, auch in Nordafrika und im Nahen Osten verhandelt werden. Das Schicksal beider Regionen wird zwangsläufig ein gemeinsames sein. Das sollte sich der bröckelnde europäische Einheitsgeist zunächst nüchtern vor Augen halten.

|| Dr. Jochen Lobah

Regionalbeauftragter Marokko und Mauretanien

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. UNDP (2016): Arab Human Development Report 2016. Youth and the Prospects for Human Development in a Changing Reality, New York City.
- 2 Ebd., S.30 ff.
- 3 Vgl. The Economist (2016): The ruining of Egypt, URL <http://www.economist.com/news/leaders/21703374-repression-and-incompetence-abdel-fattah-al-sisi-are-stoking-next-uprising> [06.08.2016].
- 4 Vgl. Maroc.ma (2016): Les discours du Roi, URL <https://www.maroc.ma/fr/discours-royaux/texte-integral-du-discours-prononce-par-sm-le-roi-louverture-de-la-1ere-session-de> [14.10.2016].
- 5 Vgl. Schenker, David (2016): Promised Saudi Support to Jordan. At What Price?, URL <http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/promise-d-saudi-support-to-jordan-at-what-price> [09.05.2016].
- 6 Vgl. Spiegelonline (2016): Marokko eröffnet riesigen Solarpark in Sahara-Nähe, URL <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/solaranlage-in-marokko-koenig-mohammed-vi-eroeffnet-erstes-kraftwerk-a-1075766.html> [05.02.2016].
- 7 Vgl. Government of Saudi-Arabia (2017): Vision 2030, URL <http://vision2030.gov.sa/en> [10.02.2017].
- 8 Vgl. Sons, Sebastian (2016): Ende der Großzügigkeit, URL <https://de.qantara.de/inhalt/aegyptisch-saudische-s-verhaeltnis-ende-der-grosszuegigkeit> [22.03.2016].
- 9 Vgl. Herrmann, Rainer (2016): Die Völkerschlacht von Aleppo, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/die-lage-in-aleppo-wird-immer-unuebersichtlicher-die-grossmaechte-koennen-sich-ueber-ihr-vorgehen-nicht-einigen-14481506.html> [15.10.2016].
- 10 Vgl. Gómez Dávila, Nicolas (1998): Einsamkeiten, Karolinger. Wien, S.37.
- 11 Vgl. Lamrabet, Asma (2016): Expliquer la radicalisation, URL <http://www.leconomiste.com/article/1005515-expliquer-la-radicalisation> [30.11.2016].
- 12 Vgl. Jawda Investment (2016): The Saudi labor market update, URL <http://www.jadwa.com/en/researchsection/research/economic-research> [13.12.2016].
- 13 Bolliger, Monika (2016): Winter in Syrien, URL <https://www.nzz.ch/meinung/trauer-nach-dem-fall-von-aleppo-winter-in-syrien-ld.136910> [28.12.2016].